



---

## **Haushalts- und Finanzausschuss**

77. Sitzung (öffentlich)

4. März 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:40 Uhr;

12:50 Uhr bis 13:55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Geschäftsergebnis der WestLB AG im Jahr 2003 und weitere Entwicklung der WestLB AG**

1

Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Thomas R. Fischer, und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der WestLB AG, Herrn Dr. Bernd Lühje

- Einleitende Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) 1
- Ergänzungen durch den Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Bernd Lühje (WestLB AG) 5
- Ausführungen von Finanzminister Jochen Dieckmann 5

In dem anschließenden Gespräch beantwortet Vorstandsvorsitzender Dr. Thomas Fischer (WestLB AG) Fragen von Abgeordneten aller Fraktionen. 7

**2 Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze** 14

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4578

Vorlagen 13/2453, 13/2527, 13/2587, 13/2647, 13/2652, 13/2703 und  
13/2704

Zuschriften 13/3605, 13/3722, 13/3723, 13/3725, 13/2727, 13/2728,  
13/2729, 13/3740, 13/3743, 13/3744 und 13/3778

Ausschussprotokoll 13/1143

Der Ausschuss stimmt ohne erneute Aussprache über die mit Vorlage 13/2704 eingebrachten sieben **Änderungsanträge** der Fraktionen der SPD und der Grünen, denen die Fraktionen der CDU und der FDP als Antragstellerinnen beitreten, nach Vornahme einer Änderung (s. Seite 15) gemeinsam ab. Sie werden einstimmig **angenommen** (s. auch *Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 13/5121*).

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** der Landesregierung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen einstimmig **angenommen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

**3 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf** 15  
**- Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen -**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4701

Vorlage 13/2577

Nach kurzer abschließender Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

- 4 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;  
hier: 32. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der  
Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** 16

Vorlage 13/2500

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Klaus Strehl (SPD)

- 5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen – Landes-Hafenentsorgungsgesetz** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579

Ohne Aussprache **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG** 17

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4611

Zuschrift 13/3614

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der HFA dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf anzunehmen**.

**7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 18

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4559

Vorlage 13/2679

Der Ausschuss diskutiert über die beantragte Verfassungsänderung.

Von der Fraktion der Grünen wird beantragt, den Gesetzentwurf ohne Votum weiterzugeben, während die FDP-Fraktion beantragt, über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Entsprechend dem Antrag der Grünen **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, **kein Votum abzugeben**.

**8 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 21

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4424

Vorlagen 13/2660 und 13/2676

Zuschriften 13/3696, 13/3707, 13/3708 und 13/3724

Ausschussprotokoll 13/1138

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss einstimmig, auch diesen Gesetzentwurf **ohne Votum weiterzugeben**.

**9 Vorläufiger Haushaltsabschluss 2003** 21

Vorlage 13/2670

Im Rahmen einer kurzen Erörterung nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

**10 Verschiedenes**

23

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich die Durchführung einer **Kommissionsreise** nach Wien und Budapest vom 1. bis 4. Juni 2004.

Anschließend richtet Manfred Palmen (CDU) zwei Fragen an das Finanzministerium, die im Detail schriftlich beantwortet werden sollen.

\*\*\*\*\*



**5 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.11.2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände für das Land Nordrhein-Westfalen – Landes-Hafenentsorgungsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4579

Bei diesem Gesetzentwurf ist der HFA nach Angaben des **Vorsitzenden Volkmar Klein** einer der zahlreichen mitberatenden Ausschüsse und sollte heute über ein Votum an den federführenden Ausschuss entscheiden.

Keine Diskussion. - Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**6 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen - VKZVKG**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4611  
Zuschrift 13/3614

**Vorsitzender Volkmar Klein** bemerkt, dieser Gesetzentwurf sei an den HFA zur Mitberatung überwiesen worden. Er sollte heute über sein Votum an den federführenden Ausschuss entscheiden.

**Manfred Palmen (CDU)** hält es für richtig, zwei Vorschläge, die der Städtetag in Zuschrift 13/3614 unterbreitet habe, zumindest in die gedankliche Arbeit der nordrhein-westfälischen Landesregierung und auch der übrigen deutschen Landesregierungen aufzunehmen.

Bezüglich der Altersversorgung im Beamtenbereich sei angeregt worden, auch den Beamten die Möglichkeit einer zusätzlichen freiwilligen Altersversorgung zu geben. Der zweite Vorschlag sei, den Kassen die Kooperation mit Unternehmen zu erlauben, die Produkte der privaten Altersversorgung anböten, um auf diese Weise ebenfalls eine Altersversorgung aus einer Hand zu ermöglichen.

Als drittes Problem wolle er noch etwas ansprechen, was seiner Fraktion - sicherlich auch der SPD-Fraktion - vorgetragen worden sei: ob man nicht für hauptamtliche Bürgermeister und Beigeordnete im Bereich der Zusatzversorgungskassen die Möglichkeit schaffen könne, sich privat in Teilen zu versichern.

Der Vertreter des Innenministeriums habe in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik zugesagt, diese drei Punkte in die bundesweit geführte Diskussion

einzubringen. - Die CDU-Fraktion sei damit einverstanden und stimme dem Gesetzentwurf zu.

Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen aller Fraktionen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

## 7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4559

Vorlage 13/2679

Dieser Gesetzentwurf sei, bemerkt der **Vorsitzende**, an den Hauptausschuss - federführend - und an alle Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende Ausschuss wolle den Punkt am 18. März behandeln, sodass der HFA heute ein Votum erarbeiten müsse.

**Angela Freimuth (FDP)** führt aus, der Ausschuss habe sich schon des Öfteren mit dem Begriff "Nachhaltigkeit" befasst. Mit Unterstützung aller Fraktionen sei bei TOP 2 beschlossen worden, den Gedanken der Nachhaltigkeit auch im Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank zu verankern. Von daher sei sie frohen Mutes, dass der Antrag der FDP-Fraktion, der das Ziel verfolge, den Gedanken der Nachhaltigkeit in die Verfassung zu implementieren, die Zustimmung des Ausschusses finden werde.

Die Grundrichtung des Anliegens halte seine Fraktion für richtig, konstatiert **Manfred Palmen (CDU)**. Allerdings habe die CDU-Fraktion immer die Auffassung vertreten, dass in die Verfassung eine klare Linie gehöre. Der Begriff "Tierschutz" lasse sich z. B. eher greifen. Der Vorschlag zur Nachhaltigkeit sei nicht konkret genug - es sei denn, das sei als Selbstverpflichtung für die Abgeordneten gemeint, "in Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu handeln", was sich aber ohnehin schon aus dem parlamentarischen Eid ableiten lasse. Er glaube nicht, dass das Anliegen mit irgendeiner Konsequenz, irgendeiner Wirkung so in die Verfassung aufgenommen werden könne.

Deshalb werde sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** geht davon aus, dass der angesprochene Gedanke der Verfassung immanent sei und dass sich kein konkreter Regelungsgehalt aus der beantragten Verfassungsänderung ergebe. Von daher würde die Verfassung damit überfrachtet. Es dürfte der FDP-Fraktion schwer fallen, einen konkreten Lebenssachverhalt zu nennen, bei dem sich die Verfassungsänderung auswirken würde.

Die SPD-Fraktion werde deshalb diesen Gesetzentwurf ablehnen. Sie fühle sich dem verfassungsimmanenten Grundsatz, auch generationenübergreifend tätig zu sein, ohnehin verpflichtet.